

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext: Der 47. Bundesparteitag beschließt eine Neufassung des § 2.2 und § 2.4 der Bundesfinanzordnung wie folgend:

§ 2.2 Die Höhe des Mindestbeitrags beträgt je Mitglied 120,00 Euro im Jahr. Der ermäßigte Beitrag für Bürgergeldbeziehende, Studierende, Arbeitslose, Rentner:innen und andere Menschen mit geringem Einkommen beträgt je Mitglied 60,00 Euro im Jahr. Mitglieder unter 18 Jahren zahlen jährlich einen symbolischen Beitrag von 18,00 Euro. Zusatzbeiträge, die für die Mitglieder freiwillig und zusätzlich Teil des Mitgliedsbeitrags sind, können durch Beschluss des Bundesvorstandes angeboten werden und sind dem Bundesverband zuzuordnen.

§ 2.4 Der Mitgliedsbeitrag gilt für das jeweilige Geschäftsjahr von Januar bis Dezember. Er ist fällig bei jährlicher Zahlweise zu Beginn des 2. Quartals und bei halbjährlicher Zahlweise jeweils zu Beginn des 2. und des 4. Quartals. Monatliche Zahlweise (10,00 Euro, 5,00 Euro oder 1,50 Euro) ist möglich.

Alte Fassung § 2.2 Die Höhe der Grundbeitrags beträgt bis zur Neufestlegung auf einem Bundesparteitag 78,00 Euro pro Mitglied im Jahr. Der ermäßigte Beitrag für ALG2-Bezieher, Studierende, Arbeitslose, Rentner und andere Geringverdiener beträgt 39,00 Euro pro Mitglied im Jahr. Mitglieder unter 18 Jahren zahlen jährlich einen symbolischen Beitrag von 18,00 Euro. Förderbeiträge, die für die Mitglieder freiwillig und zusätzlich sind, können durch Beschluss des Bundesvorstandes eingefügt werden.

Alte Fassung § 2.4 Der Mitgliedsbeitrag gilt für das jeweilige Geschäftsjahr von Januar bis Dezember. Er ist fällig bei jährlicher Zahlweise zu Beginn des 2. Quartals und bei halbjährlicher Zahlweise jeweils zu Beginn des 2. und des 4. Quartals. Die Möglichkeit einer monatlichen Zahlweise (6,50 Euro, 3,25 Euro oder 1,50 Euro) und Nachlässe für nichtmonatliche Zahlweise kann durch Beschluss des Bundesvorstands eingeführt werden

Begründung:

Im Vergleich mit den anderen Parteien erheben wir bislang mit den niedrigsten Partei-Mitgliedsbeitrag. Dadurch entgehen uns jedoch große Summen an staatlichen Mitteln. Insbesondere für die Wahlergebnisse, da die staatlichen Mittel durch die Eigeneinnahmen gesetzlich gedeckelt sind. Die letzte Beitragserhöhung ist fast 5 Jahre her. Um kommende Wahlkämpfe und unsere politische Arbeit effektiver betreiben zu können, ist die vorgeschlagene Beitragserhöhung sowohl moderat als auch zielführend.



Paula López Vicente ☐ 11186
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn ☐ 11192
Bundesvorsitzender



Robert Gabel ☐ 11188
Bundesvorsitzender